

Signatur: 2025.SR.0254
Geschäftstyp: Kleine Anfrage
Erstunterzeichnende: Alexander Feuz (SVP), Ueli Jaisli (SVP), Bernhard Hess (SVP)
Mitunterzeichnende: -
Einreichtdatum: 28. August 2025

Kleine Anfrage: Führt die Umweltpolitik der Stadt Bern zu Missinterpretationen? Kritische Fragen zur Leitung Kultur Stadt Bern.

Die Stadt Bern habe unter der Kulturbeauftragten Franziska Burkhardt von einer kleinen Kulturinstitution eine teure CO2-Bilanz verlangt. Es ist die Rede von 7000 Franken Kosten. Die Plattform J unterhielt sich mit dem Leiter Dr. Reto Sorg des Robert-Walser-Zentrums, das von einer Stiftung getragen wird, über ein Giesskannenprinzip ohne Augenmass. Burkhardt spricht von einem Missverständnis.

Der Gemeinderat wird um Beantwortung der folgenden Fragen gebeten:

1. In dem geltenden Leistungsvertrag mit dem Robert-Walser-Zentrum wird in Ziff. 5 Abs. ausdrücklich stipuliert: Die Stiftung lässt eine Ökobilanz erstellen, definiert auf dieser Basis Nachhaltigkeitsziele für die nächsten vier Jahre und setzt diese um. Die Stadt verlangte diesen Passus.
Frau F. Burkhardt sieht dies anders:
Das ist ein Missverständnis. »Burkhardt führt weiter aus, dass die Institutionen dazu aufgerufen wurden, Vorschläge zu machen: «In einer gemeinsamen Verhandlungsrunde wurde all das diskutiert.
Was gilt?
Handelt es sich wirklich um ein Missverständnis trotz Passus im Vertrag?
Wenn ja, warum? Wenn nein, warum nicht?
2. Was kostete der Beizug eines externen Büros für Ökobilanzen? Wer ordnete dies an?
3. Wieso werden von Leistungserbringern und Gesuchstellern BVG-Abrechnungen von den Künstlern erreicht, auch wenn keine BVG-Pflicht besteht.

Begründung

Es wird auf Medienbericht verwiesen:

<https://www.plattformj.ch/artike1/235060>

Burkhardt spricht von einem Missverständnis

Auf die Situation angesprochen, widerspricht Franziska Burkhardt: «Die Kultur Stadt Bern forderte alle Institutionen mit einem Leistungsvertrag lediglich dazu auf, ein Vorhaben im Bereich Diversität und ein weiteres in Nachhaltigkeit zu formulieren. Aus diesem Grund sind die Vorhaben bei allen Institutionen unterschiedlich. Von 7000 Franken für eine Ökobilanz war nie die Rede. Das ist ein Missverständnis.» Burkhardt führt weiter aus, dass die Institutionen dazu aufgerufen wurden, Vorschläge zu machen: «In einer gemeinsamen Verhandlungsrunde wurde all das diskutiert.»